

Beobachtungen zur 63. Tagung des UN-Menschenrechtsrates 7. September bis 7. Oktober 2026

„A handful of men has almost unlimited power over AI, which we are repeatedly told has unimaginable computing capacity. They talk about freedom, but on closer inspection, this turns out to be little more than the freedom to exploit our data.“
Hochkommissar Volker Türk, 7. Oktober 2026

Mit 163 Stimmen wurde Deutschland am 13. Oktober von der UN-Generalversammlung erneut für drei Jahre (2027-2029) als Mitglied in den UN-Menschenrechtsrat gewählt. Mangels Gegenkandidaten war die Wahl nicht strittig, doch die Erleichterung im Auswärtigen Amt dürfte groß gewesen sein, nach den nicht ausreichenden nur 104 Stimmen für den Sicherheitsrat im Juni. Auch das Forum Menschenrechte (FMR) freut sich und gratuliert zur Wahl. Es erwartet nun, dass Deutschland seine mit der Kandidatur abgegebene Verpflichtung einhält, den Menschenrechtsrat und seine Verfahren weiterhin politisch und finanziell stark zu unterstützen. In einem [Positionspapier](#) des FMR zum „UN80“-Reformprozess und der Zukunft des UN-Menschenrechtssystems sind diese Erwartungen auch in Bezug auf zivilgesellschaftliche Beteiligung ausgeführt.

Selbst wenn es ein zeitlicher Zufall war, dass die Wahl nur wenige Tage erfolgte, nachdem Navi Pillay als nächste Friedensnobelpreisträgerin bekanntgegeben wurde und Philippe Sands den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels entgegennahm, mögen deren Engagement und mahnende Worte der deutschen Menschenrechtspolitik als Kompass dienen.

Zusammen mit Deutschland wurden auch Brasilien, Burundi, Dominikanische Republik, Ghana, Irland, Japan, Jordanien, Kuwait, Moldau, Nepal, Nigeria, Ukraine, Uruguay und Sambia für die kommenden drei Jahre als Mitglieder in den Menschenrechtsrat gewählt oder wiedergewählt. In keiner der Regionalgruppen hatte es mehr Kandidaten als Sitze gegeben.

Sudan

Mit der bisher größten Mehrheit und mit vier Stimmen von afrikanischen Staaten (im Vorjahr stimmte nur Südafrika mit Ja, diesmal auch Mauritius, Malawi und Gambia) wurde nicht nur das Mandat der unabhängigen Untersuchungsmission für Sudan um ein Jahr verlängert. Der Menschenrechtsrat erklärt mit der [Resolution](#) auch ausdrücklich, dass die Straflosigkeit für die Verletzungen von Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht ein „fundamentales Hindernis“ für einen nachhaltigen Frieden in Sudan sei und deshalb unverzügliche, umfassende, unabhängige, unparteiische, transparente und glaubwürdige Ermittlungen zu allen mutmaßlichen Übergriffen und Verstößen aller

HRC63 A/HRC/63/L.26 - Responding to the human rights and humanitarian crisis caused by the ongoing armed conflict in the Sudan						Date: 2026-10-05 Time: 15:51
YES	ALBANIA	YES	ECUADOR	YES	MARSHALL ISLANDS	
ABST	ANGOLA	NO	EGYPT	YES	MAURITIUS	
ABST	BENIN	YES	ESTONIA	YES	MEXICO	
YES	BOLIVIA (PLURINATIONAL STATE OF)	ABST	ETHIOPIA	YES	NETHERLANDS (KINGDOM OF THE)	
YES	BRAZIL	YES	FRANCE	YES	NORTH MACEDONIA	
YES	BULGARIA	YES	GAMBIA	NO	PAKISTAN	
NO	BURUNDI	ABST	GHANA	NO	QATAR	
YES	CHILE	YES	ICELAND	YES	REPUBLIC OF KOREA	
NO	CHINA	ABST	INDIA	YES	SLOVENIA	
YES	COLOMBIA	NO	INDONESIA	YES	SOUTH AFRICA	
ABST	CÔTE D'IVOIRE	NO	IRAQ	YES	SPAIN	
NO	CUBA	YES	ITALY	YES	SWITZERLAND	
YES	CYPRUS	YES	JAPAN	ABST	THAILAND	
YES	CZECHIA	ABST	KENYA	YES	UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND	
ABST	DEMOCRATIC REPUBLIC OF THE CONGO	NO	KUWAIT	NO	VIET NAM	
YES	DOMINICAN REPUBLIC	YES	MALAWI			
	YES	28	ABST	9	NO	10

Konfliktparteien entlang der gesamten Verantwortungskette dringend notwendig ist. Verwiesen wird dabei auch auf die wichtige Rolle, die der Internationale Strafgerichtshof in dieser Hinsicht spielen kann.

Der Vereinte Arabische Elefant im Raum war nach der Dringlichkeitsdebatte im Menschenrechtsrat Anfang Juli nicht kleiner geworden und wird auch in der Resolution nicht explizit beim Namen genannt. Der Menschenrechtsrat verurteilt darin jedoch „alle Formen externer Einmischung, die den Konflikt anheizen“, und macht sich den Bericht und die Erkenntnisse der Untersuchungsmission (Fact-Finding Mission, FFM) zu eigen, die interne und externe Akteure klar benennt.

Dieser [Bericht](#), der am 7. September im MRR vom Vorsitzenden der FFM präsentiert wurde, sollte mit einer Triggerwarnung versehen werden, denn darin werden schonungslos die unvorstellbaren Grausamkeiten aufgelistet, denen die Zivilbevölkerung in Sudan durch alle Konfliktparteien und ermöglicht durch externe Unterstützung seit Jahren ausgesetzt ist.

Dass der deutsche Bundeskanzler diesen Bericht vor seinem Treffen am 10. September mit dem Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate, Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan, gelesen hat, ist nicht anzunehmen. In welcher Form er oder andere hochrangige Vertreter*innen der Bundesregierung diesen Staatsbesuch zum Anlass nahmen, die fatale Rolle der VAE in Sudan zur Sprache zu bringen, mag man sich skeptisch fragen, wenn es in der immerhin zehnteiligen [Gemeinsamen Erklärung anlässlich des Staatsbesuches](#) heißt: „Die beiden Staats- und Regierungschefs verurteilten die Angriffe auf Zivilpersonen und humanitäres Personal sowie humanitäre Hilfskonvois in Sudan. Sie forderten die Sudanesischen Streitkräfte (SAF) und die Rapid Support Forces (RSF) nachdrücklich auf, unverzüglich alle militärischen Operationen einzustellen, durch die weiterhin Zivilistinnen und Zivilisten in Gefahr gebracht werden“ und „bekräftigen ihre Forderung nach einer unverzüglichen und bedingungslosen humanitären Waffenruhe, die zu einem dauerhaften Waffenstillstand führt“.

Russland

HRC63 A/HRC/63/L.12 - Situation of human rights in the Russian Federation						Date: 2023-10-06 Time: 16:38	
YES	ALBANIA	YES	ECUADOR	YES	MARSHALL ISLANDS		
ABST	ANGOLA	ABST	EGYPT	ABST	MAURITIUS		
ABST	BENIN	YES	ESTONIA	ABST	MEXICO		
ABST	BOLIVIA (PLURINATIONAL STATE OF)	NO	ETHIOPIA	YES	NETHERLANDS (KINGDOM OF THE)		
ABST	BRAZIL	YES	FRANCE	YES	NORTH MACEDONIA		
YES	BULGARIA	YES	GAMBIA	ABST	PAKISTAN		
NO	BURUNDI	ABST	GHANA	ABST	QATAR		
YES	CHILE	YES	ICELAND	YES	REPUBLIC OF KOREA		
NO	CHINA	ABST	INDIA	YES	SLOVENIA		
YES	COLOMBIA	ABST	INDONESIA	ABST	SOUTH AFRICA		
ABST	CÔTE D'IVOIRE	ABST	IRAQ	YES	SPAIN		
NO	CUBA	YES	ITALY	YES	SWITZERLAND		
YES	CYPRUS	YES	JAPAN	ABST	THAILAND		
YES	CZECHIA	ABST	KENYA	YES	UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND		
ABST	DEMOCRATIC REPUBLIC OF THE CONGO	ABST	KUWAIT	NO	VIET NAM		
ABST	DOMINICAN REPUBLIC	ABST	MALAWI				
YES	21	ABST	21	NO	5		

Auch die [Resolution](#) zur Verlängerung des Mandats der Sonderberichterstatterin zu Russland für ein weiteres Jahr wurde mit dem bisher besten Abstimmungsergebnis angenommen, auch wenn 21 Ja-Stimmen bei ebenso vielen Enthaltungen und 3 Nein keineswegs mehrheitliche Unterstützung zum Ausdruck bringen. Für Nervosität hatte zwischenzeitlich gesorgt, dass Russland einen Änderungsantrag einbrachte, der mit Streichung der entsprechenden Paragraphen 4, 5 und 7 das Mandat komplett beendet hätte. Es fand sich jedoch kein Mitglied des MRR, das stellvertretend für Nicht-Mitglied Russland diesen Antrag zur Abstimmung einbringen wollte.

Der [Bericht „Nowhere is safe“](#), den die Sonderberichterstatterin dem Menschenrechtsrat präsentierte, dokumentiert, wie die russische

Regierung die Repressionen gegen Kritiker*innen auch über Grenzen hinweg systematisch praktiziert: „These practices constitute a systematic strategy, which became widespread as it expanded and diversified markedly after the full-scale invasion of Ukraine in February 2022, amid the largest political emigration from the Russian Federation since the twentieth century.“

... und weitere Länderresolutionen

Im Konsens wurde das Mandat des Sonderberichterstatters zu **Afghanistan** um ein Jahr verlängert. Er soll zusätzliche Ressourcen zugewiesen bekommen und wird mit einer Studie zur Menschenrechtssituation von nationalen, ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten in Afghanistan beauftragt. Während der 65. Tagung (Juni 2027) soll er mündlich zur Situation von Frauen und Mädchen berichten, verbunden mit einem erweiterten interaktiven Dialog. NGOs hatten sich dafür stark gemacht, diesen Dialog (wieder) in die [Resolution](#) aufzunehmen, denn nur dieses Format ermöglicht es, dass Frauen aus Afghanistan dem Menschenrechtsrat direkt über die gegen sie gerichteten Menschenrechtsverletzungen berichten. Die Resolution bekräftigt außerdem die Erwartung, dass der vor einem Jahr beschlossene unabhängige Untersuchungsmechanismus (IIMA) baldmöglichst und mit den notwendigen Ressourcen einsatzfähig wird.

In **Burundi** stehen 2027 Präsidentschaftswahlen an, was die seit Jahren schon fatale Menschenrechtssituation nicht verbessern dürfte. Entsprechend konnte das Mandat des Sonderberichterstatters erneut um ein Jahr verlängert werden (22 Ja, 7 Nein, 17 Enthaltungen). Während die [Resolution](#) die Regierung Burundis für die anhaltende Verweigerung zur Kooperation mit dem Menschenrechtsrat, den meisten seiner Mechanismen und dem OHCHR kritisiert, will diese Regierung dennoch Mitglied im Menschenrechtsrat bleiben und wurde mangels Gegenkandidaten von der UN-Generalversammlung gewählt.

Um zwei Jahre verlängert wurde das Mandat der FFM für **Venezuela** und das OHCHR beauftragt, die Beobachtung und Berichterstattung der menschenrechtlichen Situation fortzusetzen. Die [Resolution](#) wurde mit 25 Ja, 5 Nein, 17 Enthaltungen angenommen. Neun Monate nach der gewaltsamen Entführung und Entmachtung von Nicolás Maduro durch die USA bestätigte der von der FFM präsentierte [Bericht](#), dass der Repressionsapparat der venezolanischen Regierung trotz kleiner Verbesserungen fortbesteht.

Bericht des UN-Sonderberichterstatters zum Recht auf Entwicklung zu Deutschland

Wie schon im Juni war auch in dieser Tagung ein Punkt auf der Tagesordnung für Deutschland reserviert. Der Sonderberichterstatter zum Recht auf Entwicklung, Surya Deva, hatte im November 2025 Deutschland besucht und zahlreiche Gespräche auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene geführt. Am 11. September stellte er im Menschenrechtsrat seinen Bericht vor, der Herausforderungen in Bezug auf das Recht auf Entwicklung darlegt und entsprechende Empfehlungen an Deutschland richtet. Angesichts der wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten in Deutschland empfiehlt Deva u. a. eine progressive Besteuerung, die Anhebung der Erbschaftssteuer und insgesamt die Stärkung des Sozialsystems. Auch müssten strukturelle Hindernisse für die Geschlechtergleichstellung beseitigt werden. In Bezug auf die internationale Ebene kritisiert der Sonderberichterstatter neben der sinkenden ODA-Quote vor allem die vorrangige Ausrichtung der

Entwicklungszusammenarbeit an eigenen ökonomischen Interessen. Auch die Abschwächung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten für Unternehmen sieht er kritisch: „Rather than caving in to business lobbying, the Government should show leadership in supporting effective mandatory human rights due diligence regulations at both the national and the EU levels.“

Die stellvertretende deutsche Botschafterin bedankte sich in der Sitzung höflich für den Bericht und versicherte, man wolle die Empfehlungen sorgfältig prüfen. Im Übrigen sei Deutschland immer noch einer der größten Geber in der Entwicklungszusammenarbeit, und die Verfolgung berechtigter Interessen bedeute nicht, „dass Entwicklungspolitik zu einer rein transaktionalen Angelegenheit wird“. Ihre Entgegnung auf die Kritik Devas zum Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz mögen die Leser*innen dieses Berichts selbst beurteilen: „The German Supply Chain Act, to give one example, is a bold step toward making businesses more accountable for upholding human rights and environmental standards.“

Hervorzuheben ist schließlich noch die Sorge, die nach Sonderberichterstatterin Irene Khan nun auch Surya Deva in seinem Bericht (para. 50) ausführt: „Despite the existence of an active and vibrant civil society and examples of cooperation at all government levels, numerous interlocutors raised concerns during the visit about shrinking civic space in Germany.“

Thematische Resolutionen

Das Thema Künstliche Intelligenz gewinnt zunehmend an Präsenz im Menschenrechtsrat. Es wird diskutiert, findet Eingang in bestehende Resolutionen und neue Initiativen.

Außenminister Wadephul hat dies zu einem Thema seiner Rede vor der UN-Generalversammlung gemacht. Der Hochkommissar wies in seiner [Eröffnungsrede](#) auf KI als neue Bedrohung für die Menschenrechte hin und forderte alles zu tun, um verbindliche Garantien für die Sicherheit und den Schutz im Zusammenhang mit KI zu schaffen, bevor es zu spät ist.

Eine neue, von Ägypten und Bangladesch gemeinsam mit Algerien, Griechenland, Guyana, Kuwait, Nepal und Österreich eingebrachte und lange verhandelte [Resolution](#) zu den **„Auswirkungen künstlicher Intelligenz auf die Förderung und den Schutz der Menschenrechte“** wurde im Konsens angenommen. Darin werden insbesondere die Folgen von KI-Systemen auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und auf das Recht auf eine saubere Umwelt hervorgehoben sowie ungleicher Zugang zu KI und ungleiche Verteilung des generierten Reichtums kritisiert. Auswirkungen auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und andere kritische Fragen bleiben eher unterbelichtet. Auch wenn der Resolutionstext Schwächen hat, führt der Text dennoch eine beachtliche Bandbreite von Aspekten aus und wird deshalb (im Anhang zum Bericht) zur Lektüre und eigenen Bewertung empfohlen. Während der kommenden Juni-Tagung soll im Menschenrechtsrat eine Podiumsdiskussion stattfinden zum Thema „Menschenrechte in den Mittelpunkt der künstlichen Intelligenz stellen“, über deren Ergebnisse der Hochkommissar zur 66. Tagung berichten soll.

Auch in der [Resolution](#) zur „Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zur Förderung und zum Schutz der **Rechte von Frauen und Mädchen im Zusammenhang mit digitalen Technologien**“ werden (neben Anerkennung der Potentiale) die Auswirkungen von KI hervorgehoben, etwa durch Verstärkung bestehender Geschlechterungleichheiten durch voreingenommene Daten („biased data“). Staaten werden u. a. aufgefordert, diesen Risiken

entsprechend ihrer menschenrechtlichen Verpflichtungen durch Gegenmaßnahmen zu begegnen.

Wiederholt berichtet wurde hier über die jährliche Resolution zur Bekämpfung von Rassismus „**From rhetoric to reality: a global call for concrete action against racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance**“ und die diplomatischen Schmerzen, die sie jedes Mal bei Deutschland und anderen westlichen Staaten verursacht. Als Nichtmitglied des Menschenrechtsrates musste sich die Bundesregierung *dieses Jahr* nicht positionieren, nachdem man bisher stets mit Nein gestimmt und im vergangenen Jahr anerkennenswerterweise den errungenen Konsens mitgetragen hatte. In diesem Jahr wurde auf Antrag von Großbritannien wieder abgestimmt – immerhin ohne Gegenstimmen bei 30 Ja und 17 Enthaltungen. Ein Nein wäre aufgefallen.

HRC63 A/HRC/63/L.22 - Working Group on the rights of peasants and other people working in rural areas					
Date: 2023/10/25 Time: 15:15					
ABST	ALBANIA	YES	ECUADOR	ABST	MARSHALL ISLANDS
YES	ANGOLA	YES	EGYPT	YES	MAURITIUS
YES	BENIN	ABST	ESTONIA	YES	MEXICO
YES	BOLIVIA (PLURINATIONAL STATE OF)	YES	ETHIOPIA	ABST	NETHERLANDS (KINGDOM OF THE)
YES	BRAZIL	ABST	FRANCE	ABST	NORTH MACEDONIA
ABST	BULGARIA	YES	GAMBIA	YES	PAKISTAN
YES	BURUNDI	YES	GHANA	YES	QATAR
YES	CHILE	ABST	ICELAND	ABST	REPUBLIC OF KOREA
YES	CHINA	YES	INDIA	YES	SLOVENIA
YES	COLOMBIA	YES	INDONESIA	YES	SOUTH AFRICA
YES	CÔTE D'IVOIRE	YES	IRAQ	YES	SPAIN
YES	CUBA	ABST	ITALY	YES	SWITZERLAND
ABST	CYPRUS	ABST	JAPAN	YES	THAILAND
ABST	CZECHIA	YES	KENYA	ABST	UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND
YES	DEMOCRATIC REPUBLIC OF THE CONGO	YES	KUWAIT	YES	VIET NAM
YES	DOMINICAN REPUBLIC	YES	MALAWI		
YES		33	ABST	14	NO 0

Freude bei mindestens einer Mitgliedsorganisation des FMR löste es aus, dass die **Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten**, gestärkt wurden: Das Mandat der entsprechenden, 2023 eingesetzten Arbeitsgruppe wurde erstmals ohne Gegenstimmen (33 Ja, 14 Enthaltungen) um drei Jahre verlängert. Deren Aufgabe ist es, auf die Verbreitung der 2018 verabschiedeten Erklärung zu den Rechten von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten, hinzuwirken und über die Umsetzung zu berichten. Es geht u. a. um Landrechte und Landgrabbing, um das Recht auf Nahrung und Folgen des Klimawandels, Arbeitsausbeutung, Diskriminierung und Repressionen gegen Aktivist*innen, und natürlich ökonomische

Interessen. Viel zu tun also für die Arbeitsgruppe.

Schließlich sei noch ein Resolutionsentwurf erwähnt, der in letzter Minute und zur Erleichterung vieler doch nicht zur Abstimmung gestellt wurde. Frankreich wollte mit dieser Initiative auf die „**Universelle Dekriminalisierung von einvernehmlichen gleichgeschlechtlichen sexuellen Handlungen zwischen Erwachsenen**“ bestärkt wissen. Mit Blick darauf, dass dies seit Jahren und wieder zunehmend zu den strittigsten Themen im Menschenrechtsrat gehört, war dies ein kühnes Unterfangen. Auch wenn es für das Anliegen an sich sehr berechtigte Gründe gibt, war die Sorge bei Zivilgesellschaft und vielen Staaten erheblich, dass durch kritische Änderungsanträge und unsicheres Abstimmungsergebnis bereits erreichte Standards untergraben würden. Warum Frankreich dennoch so lange an dem Resolutionsentwurf festhielt, ist Gegenstand von Spekulationen. Schließlich wurde im Namen von über 50 Staaten in einem Joint Statement erklärt, dass „die weltweite Entkriminalisierung einvernehmlicher gleichgeschlechtlicher Handlungen ein Gebot der Gleichheit, Freiheit und Würde“ ist und niemand wegen solcher Handlungen inhaftiert oder bestraft werden sollte.

Wie immer ist dieser Bericht eine subjektive Auswahl der Beobachterin. Alle Resolutionen und die meisten Statements sind auf der Webseite zur 63. Tagung des Menschenrechtsrates dokumentiert.

29. Oktober 2026
Dr. Silke Voß-Kyeck
für das Forum Menschenrechte



General Assembly

Distr.: Limited
28 September 2026

Original: English

Human Rights Council

Sixty-third session

7 September–7 October 2026

Agenda item 3

**Promotion and protection of all human rights, civil,
political, economic, social and cultural rights,
including the right to development**

**Algeria,* Austria,* Bangladesh,* Cameroon,* Colombia, Egypt, Greece,* Guyana,*
Kuwait, Luxembourg,* Nepal,* Spain and Tunisia*: draft resolution**

63/... Implications of artificial intelligence for the promotion and protection of human rights

The Human Rights Council,

Guided by the purposes and principles of the Charter of the United Nations,

Reaffirming the Universal Declaration of Human Rights and the Vienna Declaration and Programme of Action, the International Covenant on Civil and Political Rights, the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights and other relevant international human rights instruments,

Welcoming the adoption by the General Assembly of the Pact for the Future¹ and the Global Digital Compact annexed thereto, including commitments to foster an inclusive, open, sustainable, fair, safe and secure digital future for all and to uphold international law, including international human rights law, throughout the life cycle of digital and emerging technologies,

Recalling all relevant General Assembly and Human Rights Council resolutions, including Council resolutions 53/29 of 14 July 2023 and 59/11 of 7 July 2025, and emphasizing the importance of coherence and complementarity among relevant United Nations processes,

Welcoming the convening of the first Global Dialogue on Artificial Intelligence Governance in Geneva in July 2026, and taking note of the preliminary report of the Independent International Scientific Panel on Artificial Intelligence pursuant to General Assembly resolution 79/325 of 26 August 2025,

Recalling the Recommendation on the Ethics of Artificial Intelligence adopted by the General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization on 23 November 2021, and taking note with appreciation of the work of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, the Human Rights Council Advisory Committee, the special procedures and other mechanisms of the Council concerning the human rights implications of artificial intelligence,

* State not a member of the Human Rights Council.

¹ General Assembly resolution 79/1.



Reaffirming the Guiding Principles on Business and Human Rights, which set out the State duty to protect human rights and the responsibility of business enterprises, including technology companies to respect human rights, in particular by addressing adverse human rights impacts and taking measures to mitigate and prevent abuses related to business activities, and the need to ensure access to effective remedy for those affected by business-related human rights abuses,

Recognizing that artificial intelligence, when adequate human rights safeguards are in place, has significant potential to contribute to the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms, including the right to development, inter alia, by facilitating access to information, education, healthcare and public services, enhancing accessibility and inclusion, advancing scientific research and innovation and supporting efforts to address societal and global challenges,

Recognizing with concern that artificial intelligence systems may undermine the full enjoyment of human rights and fundamental freedoms, including through reproducing and exacerbating patterns of discrimination, structural inequalities, marginalization, stereotypes, biases and exclusion, infringements of the right to privacy, arbitrary and unlawful surveillance, undermining information integrity and access to information, intensifying threats arising from information manipulation, as well as large-scale persuasion, distorting public debate, eroding trust, affecting free formation of opinion and participation in public affairs and electoral processes, amplifying different forms of violence and harm and through the loss of human control over highly autonomous systems,

Stressing that the use of artificial intelligence systems can, without proper technical, regulatory, legal and ethical safeguards, affect the enjoyment of human rights, including economic, social and cultural rights, and pose the risk of reinforcing discrimination, including structural inequalities, and recognizing that discriminatory outcomes must be prevented throughout the life cycle of artificial intelligence, particularly in the administration of justice, migration governance, the health sector, education, social protection, workplaces and labour markets through the displacement and disruption of jobs, including in developing countries, and emphasizing the importance of ensuring that artificial intelligence-enabled economic transformation contributes to decent work and respects applicable human rights and labour standards,

Recognizing that the development, deployment and use of artificial intelligence systems can have adverse impacts on the enjoyment of a clean, healthy and sustainable environment throughout their life cycle, including in relation to energy and water consumption, greenhouse gas emissions, the extraction of critical minerals, land use and electronic waste, and noting with concern that such impacts may be experienced disproportionately by communities and countries already facing resource scarcity, environmental degradation and heightened vulnerability to climate change,

Acknowledging that the adoption of artificial intelligence technology has accelerated broadly, and unevenly, within and among countries and across sectors, that access to technologies, as well as risks, are unevenly distributed within and among populations and countries, while artificial intelligence development and the wealth it creates are highly concentrated, which could undermine accountability for possible human rights violations and abuses facilitated by such systems,

Expressing concern that developing countries, including least developed countries and small island developing States, face particular challenges arising from limited access to digital infrastructure and that digital and artificial intelligence divides and development gaps within and among countries may exacerbate economic, technological, social, developmental and environmental inequalities, and recognizing the need to ensure that disparities, within and among countries, in access to connectivity, computing resources, data, skills, financing and artificial intelligence capabilities do not prevent individuals, communities and countries from participating meaningfully in and benefiting from the digital transformation,

Emphasizing the importance of developing capacities and promoting affordable access to artificial intelligence technologies, including open-source models, and in this regard highlighting the potential of artificial intelligence in delivering services at scale and

increasing social and economic opportunities for all through resilient, safe, inclusive and interoperable digital public infrastructure,

Recognizing that the implications of artificial intelligence may be experienced differently by women and girls, children, youth, older persons, persons with disabilities, persons belonging to national or ethnic, religious and linguistic minorities, migrants, refugees and asylum-seekers, persons living in poverty and in vulnerable or marginalized situations, as well as people living under foreign occupation,

Expressing concern that the potential risks posed by artificial intelligence systems may entail different forms of violence and harm against children, including sexual exploitation, synthetic child abuse material, harmful content, cyberbullying and harassment, and emphasizing the need to respect, promote and protect the rights of the child and to ensure that the best interests of the child are a primary consideration throughout the life cycle of artificial intelligence,

Expressing concern also that artificial intelligence systems, including those relying on automated profiling, biometric technologies, predictive analytics and algorithmic decision-making, may reproduce, reinforce or amplify existing patterns of racism, racial discrimination, xenophobia and other related intolerance, including intolerance and discrimination based on religion or belief, as well as advocacy of national, racial or religious hatred that constitutes incitement to discrimination, hostility or violence, particularly where they are developed or deployed on the basis of biased, incomplete or unrepresentative data or without adequate human rights safeguards, and emphasizing the importance of preventing discriminatory outcomes, ensuring appropriate transparency and accountability, and promoting representative data sets and inclusive design throughout the life cycle of artificial intelligence systems,

Recognizing that linguistic and cultural diversity constitute an essential dimension of inclusive and human-centred artificial intelligence, and noting with concern that the underrepresentation of low-resource languages, local knowledge systems and diverse cultural contexts in data sets and artificial intelligence models may reinforce existing inequalities, exclusion and bias,

Recognizing also that the collection, processing and use of data, often relating to personal data, including biometric data and data on an individual's behaviour, social relationships, race or ethnicity, religion or belief, in the development and operation of artificial intelligence systems, including for the development of large-scale generative artificial intelligence systems, without adequate human rights safeguards, can pose serious risks to the enjoyment of data protection, access to information, the right to privacy, equality and non-discrimination and other human rights,

Emphasizing that human dignity and human agency should remain central to the design, development, deployment, use and governance of artificial intelligence and stressing the importance of protecting the right to privacy and promoting equality and non-discrimination, transparency and explainability, accountability, accessibility, appropriate safeguards, meaningful human oversight and access to effective remedies in addressing its human rights implications, in accordance with States' obligations under international human rights law,

Recognizing the importance of human rights due diligence and appropriate impact assessments to assist States and business enterprises, including technology companies, in accordance with their respective roles and responsibilities, in identifying, preventing, mitigating and addressing actual and potential adverse human rights impacts associated with artificial intelligence systems,

Emphasizing the important contribution of meaningful participation and dialogue involving States, regional organizations, national human rights institutions, civil society, academia, the technical community, business enterprises, affected individuals and communities and other relevant stakeholders in considering the human rights implications of artificial intelligence in accordance with their respective roles and responsibilities,

Emphasizing also the importance of international cooperation, capacity-building, technical assistance, knowledge-sharing, the transfer of technology on mutually agreed terms

and financing, access to open artificial intelligence models and systems particularly for developing countries and in accordance with their national needs, policies and priorities, and their full, equal and meaningful participation in relevant discussions and processes concerning artificial intelligence,

1. *Recognizes* the potential of artificial intelligence to contribute significantly to the promotion and protection of human rights and sustainable development, while acknowledging that its development and use can also present risks and challenges to the enjoyment of human rights;

2. *Affirms* that the design, development, deployment and use of artificial intelligence must be consistent with international law, including the purposes and principles of the Charter of the United Nations, international human rights law and international humanitarian law, as applicable, and reaffirms in this regard, that States must protect against human rights abuses, while business enterprises, including technology companies, have the responsibility to respect human rights;

3. *Underscores* that artificial intelligence governance should be in accordance with international human rights law, as well as international humanitarian law as applicable, and guided by the principles enshrined in the Charter of the United Nations, including international cooperation, legality, sovereign equality and non-discrimination;

4. *Calls upon* States to consider the implications of artificial intelligence for the enjoyment of all human rights when developing and implementing relevant legislative, regulatory, administrative and policy frameworks, and to take appropriate measures to prevent, mitigate and address actual or potential discrimination and other adverse human rights impacts that may arise throughout the life cycle of artificial intelligence systems;

5. *Also calls upon* States to take into account different national contexts, capacities and levels of development when discussing artificial intelligence governance and to expand the participation of all countries, in particular developing countries, in order to harness the benefits and effectively participate in the design, development, deployment and use of safe, secure, trustworthy and human-centred artificial intelligence systems that contribute to the full enjoyment of human rights and sustainable development;

6. *Encourages* States to ensure access to information throughout the life cycle of artificial intelligence, particularly concerning artificial intelligence in public functions, and recognizes that effective partnerships and cooperation between Governments and other stakeholders is necessary in developing governance approaches and frameworks;

7. *Also encourages* States to adopt and promote approaches to artificial intelligence that respect human dignity and human agency and to uphold the principles of equality and non-discrimination, privacy, accessibility, transparency and explainability, accountability, sustainability, safety, human oversight and access to effective remedies in accordance with their obligations under international human rights law and, where applicable, under international humanitarian law;

8. *Recognizes* the necessity to prevent harm to individuals caused by artificial intelligence systems and to refrain from or cease the use of artificial intelligence applications that are impossible to operate in compliance with international human rights law or that pose undue risks to the enjoyment of human rights, especially of those in vulnerable situations, including by systems whose capabilities could reasonably be expected to cause the loss of human control;

9. *Encourages* States, as appropriate and commensurate with the nature, context and level of risk, to carry out human rights due diligence and appropriate impact assessments in relation to artificial intelligence systems that may affect the enjoyment of human rights;

10. *Calls upon* States, where artificial intelligence plays a material role in decisions having implications for the enjoyment of human rights, and as appropriate to the nature and level of risk, to put in place mechanisms that ensure meaningful human oversight and accountability and allow affected persons to receive information concerning such decisions, obtain human review and have access to effective remedies;

11. *Also calls upon* States to respect, protect and promote the rights to freedom of opinion and expression, including the right of freedom to seek, receive and impart information, and the right to privacy in the context of artificial intelligence and to ensure that measures aimed at addressing harmful effects of artificial intelligence are consistent with international human rights law, including articles 19 and 20 of the International Covenant on Civil and Political Rights;

12. *Encourages* States to pay particular attention to possible differentiated or disproportionate impacts of artificial intelligence systems on women and girls, children, youth, older persons, persons with disabilities, persons belonging to national or ethnic, religious and linguistic minorities, migrants, refugees, asylum-seekers, persons living in poverty or in vulnerable or marginalized situations and people living under foreign occupation and to facilitate their meaningful participation in relevant policymaking processes;

13. *Reminds* business enterprises involved in the pre-design, design, development, provision, procurement, deployment, use and decommissioning of artificial intelligence systems to respect human rights in accordance with the Guiding Principles on Business and Human Rights, including through appropriate human rights due diligence, and to identify, prevent and mitigate actual and potential adverse human rights impacts associated with their artificial intelligence-related activities and to provide for or cooperate in remediation where they have caused or contributed to such impacts;

14. *Recognizes* the importance of promoting digital and artificial intelligence literacy and awareness of the opportunities, limitations and potential human rights implications associated with artificial intelligence;

15. *Calls* for strengthened international cooperation and capacity-building, particularly for developing countries and in accordance with their national needs and priorities, including through policy exchanges, knowledge-sharing activities and the transfer of technology on mutually agreed terms, technical assistance, lifelong learning, personnel training, skilling of workforce, international research cooperation, including cooperation to develop resources, data sets and tools for underrepresented languages and knowledge systems, voluntary joint international research laboratories and artificial intelligence capacity-building centres, to enable them to harness the benefits of artificial intelligence while preventing and addressing its potential adverse implications for human rights, and to support developing countries' effective, equitable and meaningful participation and representation in international processes and forums on the governance of artificial intelligence systems and its implications for human rights;

16. *Encourages* States, relevant United Nations entities and other stakeholders, as appropriate, to promote digital public goods, digital public infrastructure and open artificial intelligence models, data sets and tools, accompanied by adequate human rights safeguards, as a means of enabling countries with limited resources, to benefit from these technologies;

17. *Encourages* greater coherence and complementarity among relevant international, regional, national and local initiatives on artificial intelligence, while recognizing the important role of the United Nations in promoting inclusive international dialogue and cooperation in this field;

18. *Requests* the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights to continue to contribute, within its mandate, human rights expertise to relevant United Nations discussions and processes concerning artificial intelligence, while promoting coherence, coordination and complementarity and avoiding unnecessary duplication with a view to promoting artificial intelligence governance consistent with international human rights law;

19. *Encourages* the Office of the High Commissioner and relevant United Nations entities, within their respective mandates and upon the request of States, to support capacity-building and technical assistance, particularly for developing countries, aimed at strengthening their capacity to assess and address the human rights implications of artificial intelligence systems, including through the sharing of knowledge, experiences and good

practices and by building on existing assessment methodologies and tools within the United Nations system;

20. *Decides* to convene, at its sixty-fifth session, a panel discussion on the theme “Placing human rights at the centre of artificial intelligence: artificial intelligence capacity-building and bridging the artificial intelligence divide”, with the participation of States, the Office of the High Commissioner, relevant United Nations entities and mechanisms, national human rights institutions, civil society, academia, the technical community, business enterprises and other relevant stakeholders, ensuring, to the extent possible, balanced geographical and gender representation, including meaningful participation of representatives and experts from developing countries;

21. *Requests* the Office of the High Commissioner to organize the panel discussion in consultation with States and other relevant stakeholders and to make the discussion fully accessible to persons with disabilities;

22. *Also requests* the Office of the High Commissioner to prepare a report on the theme of the panel discussion, informed by the outcome of the panel discussion and by meaningful consultations with States, relevant United Nations entities and mechanisms, national human rights institutions, civil society, academia, the technical community, business enterprises, including at the margins of the Second Global Dialogue on Artificial Intelligence Governance, to be held in May 2027, and to submit the report to the Human Rights Council at its sixty-sixth session;

23. *Decides* to remain seized of the matter.
